

## Die Genehmigung der Ausgleichsvorlagen und das Programm des Ackerbauministers Grafen Silva-Tarouca.

Wien, 6. Dezember.

Die Vorlagen über die provisorische Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Ungarn, die Verlängerung des Privilegiums der Oesterreichisch-ungarischen Bank sowie des Münz- und Währungsvertrages und über die Kriegsteuer der Bank sind gestern vom Abgeordnetenhaus erledigt worden. Für zwei Jahre bleiben die bisherigen Vereinbarungen in Kraft. Die Ausgleichsprovvisorien, an die sich so oft die heftigsten parlamentarischen Kämpfe knüpften und die wiederholt auf Grund des Notverordnungsrechtes in Kraft treten mußten, erhalten nun, da die Zustimmung des Herrenhauses zweifellos ist, auf verfassungsmäßigem Wege Gesetzeskraft. Das Parlament hat auch den Erfolg, daß es, wie der Berichterstatter Abgeordneter Miklas hervorhob, gelungen ist, im Gesetze das Mitbestimmungsrecht des Reichsrates an der Regelung des definitiven Ausgleiches festzulegen. Im Art. 1 des Vertrages heißt es nun ausdrücklich, daß das Provisorium bis zu dem Zeitpunkte gilt, in dem die zwischen den beiden Regierungen vereinbarte Neuregelung „mit Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten“ in Kraft tritt.

Die Abstimmung war dem Hause durch eine Rede des Ministerpräsidenten Ritter v. Seidler erleichtert worden, der zu den im Laufe der Debatte gestellten Anträgen noch einmal Stellung nahm. Er erklärte vor allem, daß unter dem Worte „vereinbarte Neuregelung“ nicht dasjenige gemeint sei, was heute vereinbart ist, und insbesondere auch nicht das, was am 27. Februar 1917 vereinbart worden ist, sondern dasjenige, was in dem Augenblick vereinbart sein wird, in dem der neue Ausgleich in Kraft treten soll. Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß zwischen dem österreichischen und ungarischen Text der Gesetzesvorlage kein Unterschied bestehen und daß das Parlament unter allen Umständen in der Lage sein werde, den neuen Ausgleich anzunehmen oder abzulehnen. Der Ministerpräsident befaßte sich auch mit den Anträgen, die sich auf die Einfuhr von Vieh und Fleisch aus dem Ausland bezogen, und mit den Anträgen über die Wiederintraffsetzung der Getreidezölle. Dr. v. Seidler erklärte, daß diese Angelegenheiten gegenwärtig keine praktische Bedeutung hätten, denn niemand denke an Beschränkungen unserer Nahrungs-

mittelversorgung. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten hatten die Wirkung, daß die von ihm besprochenen Abänderungs- und Zusatzanträge zurückgezogen wurden. Die Annahme des § 1 des Ausgleichsprovvisorioms erfolgte in namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 166 Stimmen.

Die Ausgleichsdebatte, die gestern nach dreitägiger Dauer beendet wurde, stand im Zeichen der heftigen czechischen und südslawischen Angriffe auf Ungarn. Auch die Czechen, die gestern zum Worte kamen, insbesondere der Abgeordnete Tuzar, sprachen in dem bekannten Sinne. Ein Gegengewicht erhielten alle diese Reden in den Ausführungen des Abgeordneten Pachner, der in eindringlicher Weise für einen langfristigen Ausgleich eintrat und betonte, daß gegenüber dem Verlangen nach Umsturz der ganzen Verhältnisse Deutsche und Ungarn auf derselben Seite stünden; darin seien sie Bundesgenossen, wollen es sein und würden es auch bleiben. Mit den Deutschen sei das königlich böhmisch-mährisch-schlesisch-slowakische Geschäft nicht zu machen. Ungarn, erklärte er weiter, habe Oesterreich und Oesterreich habe Ungarn im Kampfe um die Aufrechterhaltung der bisherigen Grenzen zu unterstützen. Er gab dem Wünsche Ausdruck, daß die Auseinandersetzungen zwischen Oesterreich und Ungarn sich in einer Form bewegen, die nicht entzweit, sondern sie als gute Freunde aus den Ausgleichsverhandlungen hervorgehen läßt. Neben die Freundschaft im Kampfe gegen den äußeren Feind möge eine neue Bundesgenossenschaft im Kampfe gegen die czechischen und südslawischen Versuche treten.

Am Schlusse der gestrigen Sitzung erbat sich Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca das Wort, um dem Hause sein Programm zu unterbreiten. Der Minister hatte hierzu bisher noch keine Gelegenheit gefunden, wollte mit der Bekanntmachung seiner Absichten aber nicht länger zögern, weil die Vorarbeiten für die Durchführung seiner Pläne nicht weiter hinausgeschoben werden sollen. Es war ein verlockendes Zukunftsbild, das Graf Silva-Tarouca in seiner Rede entwarf. Er hat die Entwicklungsmöglichkeiten unserer landwirtschaftlichen Produktion in gewaltigen Ziffern vorgeführt und dem Hause ein weit gestecktes Ziel gezeigt. In der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erblickt Graf Silva-Tarouca die unerläßliche Voraussetzung für den Wiederaufbau unseres gesamten Wirtschaftslebens. Er will nicht nur den Ersatz der großen Kriegsverluste erreichen, er will nicht nur, daß wir uns im ausreißendsten Maße mit eigenen Lebensmitteln versorgen können, er will auch Ueberflüsse erzielen, die unsere Handels- und Zahlungsbilanz wohlthätig beeinflussen. Damit Hand in Hand würden der Abbau der Steuerlast und die wesentliche Hebung der Steuerkraft gehen. Dieses Ziel soll durch eine großzügige Meliorationsaktion und durch eine intensivste Düngewirtschaft erreicht werden. Von der Durchführung der Meliorationen verspricht sich der Minister eine Steigerung unserer Gesamtproduktion um mehr als 25 Prozent. Die Wertsteigerung der meliorationsbedürftigen Flächen schätzt er mit 54 Milliarden ein. Die Kosten dieser Meliorationen veranschlagt Graf Silva-Tarouca auf 32 Milliarden. Diesen Geldbedarf möchte er, auf 25 bis 30 Jahre verteilt, in der Hauptsache durch eine neu zu schaffende Kreditorganisation ausbringen, mit deren Hilfe die reinen Baukosten von den Interessenten selbst zu tragen wären. Durch die intensive Anwendung künstlicher Düngemittel, die im Inland zu erzeugen wären, würde sich nach den Berechnungen des Ministers eine jährliche Ertragssteigerung von 309 Millionen Meterzentner Bodenprodukten ergeben. Der durch die künstliche Düngung erzielbare Mehrwert der Ernte Oesterreichs würde mindestens zwei Milliarden Kronen betragen. Wenn man überdies für eine bessere Bodenbearbeitung und Anwendung erstklassigen Saatgutes Sorge trage, könnte der Gesamtwert der österreichischen Ernte um rund vier Milliarden gesteigert werden. Es wäre dann auch möglich 3 $\frac{1}{2}$  Millionen Stück Vieh im Werte von 18 Milliarden mehr zu halten. Die Ertragssteigerung von vier Milliarden bezeichnete der Minister, der sich dagegen verwahrte, ein leichtsinniger Optimist zu sein, als die untere Grenze des Erreichbaren. Mit einem Appell an die Mithilfe der Volksvertretung schloß Graf Silva-Tarouca seine Rede, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Das Abgeordnetenhaus hat mit der Annahme der Ausgleichsvorlagen die Arbeiten beendet, die es bis zur Delegationstagung erledigen wollte. Es werden in diesem Jahre nur noch ein oder zwei Sitzungen zur Beratung der Quotenvorlage nötig werden.